

03/2013 August
JCVP Kanton Luzern

Föderalismus und Kantone

Impuls

Inhalt	
Editorial	3
Ouverture	4
Thema	
Von den langsamen Bernern und den arroganten Zürichern	6
Geeint durch Verschiedenheit	9
Föderalismus – «Schutzwahl der Schweizer Freiheit»	12
Föderalismus – Warum eigentlich?	14
Gesichter der JCVP	
Lucius Kaufmann	16
Kanton	
Was esch das nor för en Chendergarte?	18
Rasche Reform der Altersvorsorge angezeigt!	20
Gastkolumne	
Elisabeth Schneider-Schneiter	22
Patronatskomitee	23
Impressum	23

Editorial

Dankeschön

So aufwendig habe ich mir das nicht vorgestellt! Normalerweise schreibe ich bloss einen Text für den Jmpuls, halte mich nie ans besprochene Leitthema und sende meinen Text meistens auch noch mehrere Tage nach Redaktionsschluss ein. Mit solchen Autoren muss sich unsere Chefredakteurin Shirin Grünig Ausgabe für Ausgabe herumschlagen. Doch für den aktuellen Jmpuls hat sich das Blatt gewendet. Da Shirin sich über den Sommer auf ihre Abschlussprüfungen vorbereitet, habe ich die Leitung übernommen.

Und wie schon gesagt, das gibt ganz schön zu tun! Deshalb möchte ich Shirin und ihren Vorgängerinnen Eva-Maria Habermacher und Madeleine Piazza-Zemp herzlich für ihren Einsatz danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie sich immer mit so viel Herzblut und Freude in ihre Aufgabe stürzen/gestürzt haben. Und dies erst noch absolut ehrenamtlich und in ihrer Freizeit! Die Anerkennung für Ihre grosse Arbeit beschränkt sich meistens

auf eine Erwähnung im Impressum. Dort stehen auch die Namen von Debby Bürgisser und Martin Fischer, die mit ihrem grossen Engagement fürs Layout und die Inserateverwaltung den Jmpuls überhaupt erst möglich machen. Ich danke euch allen, es macht grossen Spass mit euch zusammenzuarbeiten.

In der aktuellen Ausgabe dreht sich alles um Kantone. Renato Bucher bringt uns gekonnt den Begriff des Föderalismus näher, Mike Bacher startet einen fulminanten Angriff aufs Bundesgericht und Madeleine Piazza-Zemp wirft einen Blick auf die höchst verschiedenen Gefühle, die wir mit den einzelnen Kantonen verbinden. Schliesslich stelle ich mir in meinem Text die Frage, ob wir denn überhaupt so viele Kantone brauchen. In der Gastkolumne ergreift die CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter das Wort und legt dar, wieso sie sich für eine Fusion der beiden Basel stark macht.

Selbstverständlich gibt's auch in diesem Jmpuls wieder die thematische Battle, das souverän von Lukas Graf geleitet wird und einen Ping-Pong-Dialog oder eher einen argumentativen Schusswechsel zur GSOA-Initiative präsentiert. In der Rubrik «Gesichter der JCVP» dürfen wir Ihnen mit Lucius Kaufmann einen jungen, innovativen Landwirt aus Eschenbach vorstellen. Und weil es gar nicht so einfach ist, den Jmpuls genau zu füllen, musste ich nochmals in die Hosen steigen und frage mich zur Mundart-Initiative der JSVP «Was esch das nor för en Chendergarte?».

Ich wünsche Ihnen viel Spass mit der Lektüre und freue mich über kritische, freundliche, anregende Rückmeldungen Ihrerseits. Ich trete wieder in die zweite Reihe zurück und werde Shirin den nächsten Text garantiert pünktlich zusenden, versprochen!



Jean-Pascal Ammann,
Vizepräsident JCVP Schweiz

The Battle

Im Battle debattieren die beiden über die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» vom 22. September 2013.

von Lukas Graf

GSoA: Markus Aregger, 31, wohnhaft in Luzern, ist Sekundarlehrer. Er leistete über 300 Diensttage in der Schweizer Armee, zuletzt als Wachtmeister, bevor er zum Zivildienst wechselte.

JCVP: Lukas Graf, 26, wohnhaft in Reiden, ist Jurist und Vorstandsmitglied der JCVP Kanton Luzern. Im Militär leistet er Dienst als Presse- und Informationsoffizier in der Artillerie Abteilung 10.

Weshalb sollte diese Initiative am 22. September 2013 angenommen werden?

Markus: Weil die Initiative zu einer sichereren Schweiz führt mit einer Armee ohne Massenheer. Weil sie zu einer besseren Armee führt mit motivierten Menschen, die freiwillig Dienst leisten. Weil sie Kosten spart und die Wirtschaft nachhaltig fördert. Und weil sie zu einer gerechteren Gesellschaft führt mit freiwilligem Dienst für SchweizerInnen und AusländerInnen.

Lukas: Da bin ich jetzt aber positiv überrascht: Ich dachte immer, dass die GSoA für die Abschaffung der Schweizer Armee einsteht – einer Schweiz ohne Armee eben. Dann nehme ich an, dass für euch die Aufhebung der Militärdienstpflicht den ersten Schritt in diese Richtung darstellt?

Markus: Dieses «Argument» kommt immer dann, wenn man vom Inhalt ablenken will. Wenn die Aufhebung der Wehrpflicht die Abschaffung der Armee zur Folge hätte, dann wäre Bundeskanzlerin Merkel oder der Militärsoziologe Karl Haltiner allesamt Armeeabschaffer! Die GSoA begnügt sich vorerst mit einer gerechteren und kleineren Armee. Was ist schlecht daran?

Lukas: Ich will damit doch nicht vom Inhalt ablenken – ich möchte nur gerne von dir hören, ob du denn die Motive der GSoA, welche ja ihrem Namen inhärent sind, auch verfolgst. Aber zurück zur Initiative: An einer kleinen, dafür gut ausgerüsteten Armee sehe ich nichts Schlechtes. Unsere Armee ist ja mit der WEA (Weiterentwicklung der Armee) schon auf die eine absolute Minimalgrösse verkleinert worden. Wenn du nun aber von einer «gerechteren Armee» sprichst, was verstehst du denn darunter? Ist die Freiwilligenmiliz denn faktisch nicht ein Berufsheer? Wäre eine Freiwilligenmiliz fähig dieselben Leistungen wie unsere heutige Armee zu erbringen?

Markus: Nein, eine solche Armee könnte nicht dieselben Missleistungen erbringen. Sie könnte zum Beispiel nicht an 6.5 Millionen Dienstoffizieren pro Jahr Männer von der Arbeit fern halten. Die Initiative fordert nur die Aufhebung der Wehrpflicht, das Milizprinzip bleibt bestehen. Das heisst, die Freiwilligen

würden wie heute neben ihrer Arbeitsstelle Dienst leisten. Eine Berufsarmee ist ausgeschlossen. Die Frage, die du aufwirfst, ist zentral: Welche Leistung muss die Schweizer Armee erbringen?

Lukas: Das ist eine klassische Fehleinschätzung deinerseits. Wenn du von einigen negativen Erlebnissen, die du vielleicht in deiner RS/UOS oder späteren WK's gehabt hast auf das Ganze System zu schliessest, ist das schlicht vermessen und falsch. Unsere Armee erbringt in keinster Weise eine Missleistung, sondern leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Wohlstand der Schweiz. Unsere Armee leistet wichtige Einsätze bei Naturkatastrophen, beim Schutz internationaler Konferenzen (WEF, Frankophoniegipfel, OSZE Konferenz 2014 in Basel), wahrt die Lufthoheit und leistet nicht zuletzt auch bei der internationalen Friedensförderung (Kosovo, Golan, Korea) einen wichtigen Einsatz. Und meine Frage ist jetzt natürlich: könnten diese personalintensiven Aufgaben auch von ein paar Freiwilligen wahrgenommen werden? Würden denn die Mitglieder der Freiwilligenmiliz am Arbeitsplatz nicht fehlen?

Markus: Du koppelst die Sicherheit eines Landes wieder an die Wehrpflicht. Schweden wahrt seine Lufthoheit ohne Wehrpflicht-Luftwaffe und Belgien bietet vielen EU-Institutionen eine sichere Heimat ohne Wehrpflichtarmee. Nur zwei von vielen Beispielen, die zeigen, dass die Wehrpflicht sicherheitspolitisch nicht zu rechtfertigen ist. Dazu wendet die Schweizer Armee gerade mal 0.06% aller Dienstofftage für Katastrophenhilfe auf! Der Wehrzwang führt zu einem aufgeblähten Militärapparat, das hat die JCVP in ihrem Armeepapier auch so erkannt. Und Madeleine Piazza hat in ihrem Beitrag im letzten «jmpuls» den Armeealltag wunderbar beschrieben: «...Blumentöpfe über Pässe fahren,...jassen, ausfahren, schlafen». Freiwilligenarbeit muss gefördert werden! Niemand soll gezwungen werden Dienst leisten zu müssen – erst recht nicht, wenn man dabei Blumentöpfe über Pässe fahren muss! Die Wehrpflicht muss weg!

Lukas: Diskussionen über andere Länder sind hier fehl am Platz, denn schliesslich geht es um die Schweiz. Nur so viel: Europäische Länder ohne Wehrpflicht haben immense Rekrutierungsprobleme. Schlussendlich würde sich unsere Armee, die einzige Sicherheitsreserve unseres Landes, aus Lehrabbrechern, Vorbestraften und Leuten, die es im Privatleben nicht geschafft haben rekrutieren! Und nur so nebenbei: Was passiert bei eurer Initiative mit dem Zivildienst und mit dem Zivilschutz, der ja dann auch nicht mehr Pflicht wäre?

In diesem Sinne empfehle ich allen Lesern des jmpuls am 22. September 2013 ein Nein zur Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» in die Urne zu legen damit die Sicherheit und Freiheit der Schweiz auch in Zukunft gewährleistet sind!

Von den langsamen Bernern und den arroganten Zürchern

Kürzlich waren wir auf einer Bergtour im Wallis. Auf einem Hügel haben wir abends vor der Hütte zusammen ein paar Jodellieder gesungen. Plötzlich hörten wir etwas weiter unten noch andere Sänger, die eindeutig besser sangen als wir. So gesellten wir uns zu dieser Gruppe und stellten rasch fest, dass es sich um ein paar Walliser handelte.

von Madeleine Piazza

Einige Sätze und schon hatten wir die so eigentümlich sprechende Gruppe ins Herz geschlossen. Als sie uns fragten, woher wir kämen, stiess unsere Antwort «aus Luzern» ebenfalls auf Wohlwollen. Dabei könnten wir ja ganz eigentümliche, gemeine oder arrogante Menschen sein. Warum urteilen wir gemäss Kantonszugehörigkeit auf Sympathie oder Ablehnung? Warum empfinden wir die Zürcher versnobter als die Basler? Oder die Berner langsamer und gemütlicher als die Luzerner?

In einer Onlineumfrage haben 2011 7'000 Schweizerinnen und Schweizer angegeben, wie sie das Image der Kantone empfinden (www.kantonsimage.ch). Eine interessante Studie. Die Stadtkantone beispielsweise schneiden in der Sympathie-Bekundung deutlich schlechter ab als die klassischen Bergkantone wie Graubünden, Tessin, Bern und Wallis. Das idyllische Bergsee-Bild der Schweizer Bergkantone scheint

die Probleme der ländlichen oder sogar bergigen Gebiete zu übertreffen. Chrapfner in den Schweizer Bergen haben ein besseres Image als 12-Stunden Arbeitstiere in den Zürcher Banken. Darüber lässt sich spekulieren: Ist die landwirtschaftliche Arbeit eine ehrlichere? Eine sichtbarere? So oft über die Subventionen an die Landwirte geflucht wird, so sehr werden diese aber trotzdem als tüchtige und wichtige Schaffer wahrgenommen.

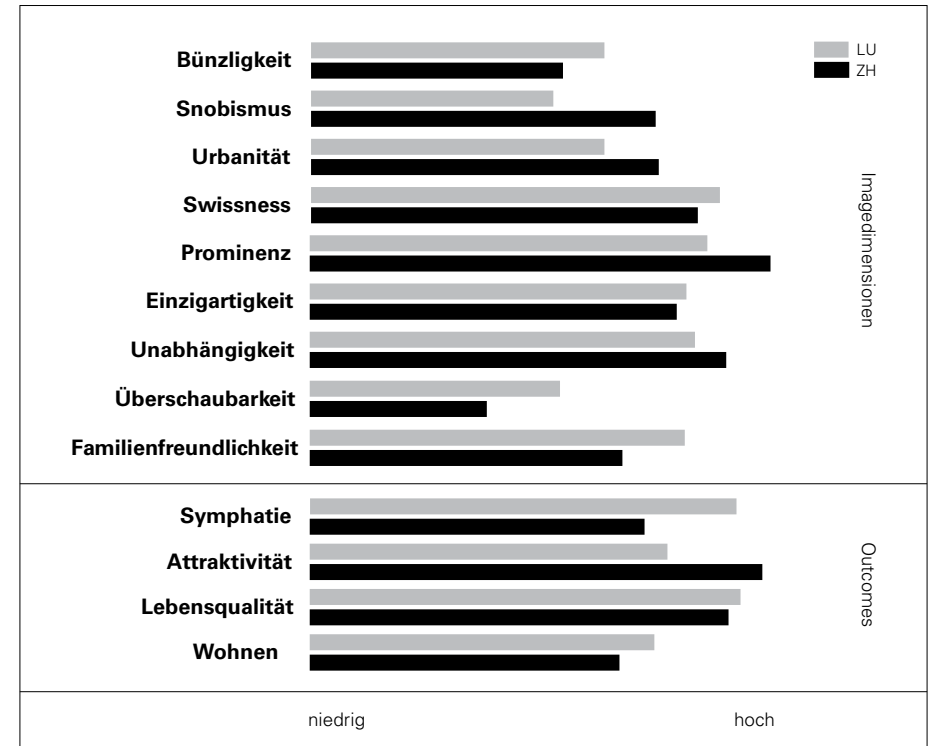
Interessant ist auch der Vergleich zwischen steuergünstigen Kantonen und Steuerhöllen. Die Sympathien liegen eindeutig bei jenen Kantonen, welche höhere Steuern haben. Ist das Neid? Wird angenommen, dass in den Steuerparadiesen nur Reiche wohnen, die uns unsympathisch sind? Das Paradox hier: Obwalden ist ein Bergkanton mit viel Landwirtschaft, zugleich aber steuergünstig. Die Sympathien für diesen Kanton sind eher tief...

Ein auffälliger Kanton ist Jura. Seine Unabhängigkeit, Einzigartigkeit und Überschaubarkeit werden als sehr hoch eingestuft. Doch die Wohnqualität und die Gesamtattraktivität sind trotzdem ziemlich gering. Welche Kriterien sind also wichtig für die Attraktivität eines Kantons?

Zürich als sehr attraktiver Kanton überzeugt mit Urbanität, Swissness, Prominenz und Unabhängigkeit. Obwohl der Snobismus hoch und die Wohnqualität eher tief sind, genießt er ein attraktives Image. Arbeitsplätze, Zentrumsnähe, Verkehrsverbindungen

Kantonsimage 2012: Luzern und Zürich im Vergleich

(Quelle: www.kantonsimage.ch)



Swissness: Welche Attribute werden den Kantonen zugeordnet

(Tabelle: Jean-Pascal)

Rang	Sympathie	Lebensqualität	Familienfreundlichkeit	Büznlichkeit
1	Tessin	Zug	Tessin	Obwalden
2	Graubünden	Luzern	Freiburg	Appenzell IR
3	Bern	Waadt	Appenzell IR	Uri
4	Luzern	Basel-Stadt	Fribourg	Wallis
5	Waadt	Zürich	Luzern	Nidwalden
...	-	-	-	-
22	Thurgau	Solothurn	Schwyz	Waadt
23	Genf	Glarus	St.Gallen	Zug
24	Schwyz	Jura	Basel-Stadt	Basel-Stadt
25	Obwalden	Neuenburg	Zug	Genf
26	Zürich	Uri	Genf	Zürich

und Internationalität scheinen in der Attraktivitätsskala eine wichtige Rolle zu spielen.

Luzern macht in dieser Studie eine gute Figur. Die Lebensqualität ist hoch, die Sympathien sind gross und die Wohnqualität ist vergleichsweise attraktiv. Es ist also wichtig, ein gutes Gleichgewicht zwischen Urbanität, Überschaubarkeit, Familienfreundlichkeit und Swisssness zu schaffen. Die Luzerner Politik mit ihrer CVP-Dominanz hat dies in den letzten Jahren sehr gut gemacht. Wichtig erscheinen mir zwei Punkte: Luzern bleibt nur attraktiv nach aussen, ein

Anziehungspunkt für Touristen, wenn es sich nicht zu stark verschliesst und nach vorne blickt statt konservativ nach hinten. Und Luzern muss ein Gleichgewicht finden zwischen Wirtschaftsförderung, Attraktivität für Unternehmen und Arbeitsplätzen schaffen sowie überschaubaren Wohnräumen, Grünflächen und Erholungsgebieten. Er soll ein Kanton des Gleichgewichts zwischen Arm und Reich, Alt und Jung, verschiedenen sozialen Schichten und Tradition und Fortschritt sein. Für Gleichgewichte ist das Schliessen von Kompromissen nötig - eine Fähigkeit, welche der CVP liegt.

Steuerberatung
Vorsorgeplanung
Unternehmensberatung
Rechnungswesen
Wirtschaftsprüfung
Liegenschaftsverwaltung

revimag
treuhand ag

Baselstrasse 44
6252 Dagmersellen
Telefon 062 748 31 41
www.revimag.ch

Ihr FACHMANN -
für termingerechte
Qualitätsarbeit

J. Kaufmann AG
Autospenglerei + Spritzwerk

Neuhaltenstrasse 5
6030 Ebikon
Telefon 041 440 44 44
Telefax 041 440 84 60
E-Mail: info@carrosserie-kaufmann.ch
Internet: www.carrosserie-kaufmann.ch

VSCI Carrosserie

Geeint durch Verschiedenheit

Einen Kanton Zentralschweiz forderte der ehemalige FDP-Regierungsrat Ulrich Fässler vor einem Jahr in der NLZ und warb mit dem Sparpotential, dem Einfluss und der Effizienz eines solchen Gebildes.

von Jean-Pascal Ammann

Die Idee ist verlockend aber absolut fahrlässig, die erhofften Vorteile sind schwammig, nicht quantifizierbar und würden uns in eine ungewisse Zukunft führen. Vor allem aber widerspricht der Vorschlag dem Wesen der Schweiz, der Art und Weise wie unsere Demokratie funktioniert.

Die Schweiz braucht Kleinräumigkeit, die Schweiz beruht auf Kleinräumigkeit. Was uns eint sind nicht unsere Gemeinsamkeiten sondern unsere Unterschiede und der Wille für und mit dieser Vielfalt zu leben. Wir haben verschiedene Mentalitäten und manchmal prallen diese auch aufeinander, doch machen nicht gerade diese Differenzen und auch die gelegentlichen Sticheleien den wahren Reichtum und Zusammenhalt aus? Der Mut zur Kleinräumigkeit macht das Erfolgsmodell Schweiz aus!

Das Sparpotential

Das war jetzt ganz schön viel Pathos, doch betrachtet man die von Herrn Fässler angepriesenen Vorzüge einzeln, verkehren sie sich tatsächlich oft ins

Gegenteil. Die Aufgabenerfüllung in grösseren Kantonen ist nicht günstiger, sonst wären dort die Steuern auch tiefer als in den kleineren Kantonen, was definitiv nicht der Fall ist. Auch nicht näher zu erläuternde Beispiele auf europäischer Ebene zeigen, dass grosse Gebilde nicht kostensparender sind, sondern vor allem durch Schwerfälligkeit und Intransparenz abschrecken.

Zudem braucht es keine Fusion um Kosten zu sparen und in vielen Bereichen Synergien zu nutzen. Diese Zusammenarbeit ist jedoch noch ausbaufähig. Dies zeigen gelegentliche Konflikte wie beim Konkordat für die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz oder dem Kulturlastenausgleich. Insbesondere zukünftige Herausforderungen im Gesundheitswesen und in den Dossiers des öffentlichen Verkehrs könnten und sollten gemeinsam gemeistert werden.

Der Einfluss

Die Einzigen, die bei einer Fusion an Einfluss gewinnen würden, wären die Regierungsräte. Doch eine gewisse Abneigung gegenüber Machtkonzentration ist glücklicherweise in fast allen Schweizer verwurzelt. Hinzu kommt, dass eine Fusion zu einem enormen Verlust an Einfluss der Zentralschweiz in Bern führen würde. So stellen wir derzeit zehn Ständesvertreter, nach einer Fusion wären es noch zwei.

Und gerade die Unterschiede zwischen unseren Kantonen würden es oftmals

verunmöglichen mit geeinter Stimme zu sprechen. Kantone wie Zug und Uri haben ganz andere Bedürfnisse und Lebensmodelle, Ob- und Nidwalden aus anderen Gründen sowieso. Ein Kanton Zentralschweiz wäre geprägt von Minderheiten und diversen kulturellen Modellen. Divergierende Interessen würden den Zusammenhalt und vor allem auch die Identifikation mit dem Kanton immer wieder auf die Probe stellen. Kann die Verschiedenheit nicht mehr ausgelebt werden, wird sie zum Pulverfass.

Die Verschiedenheit kann nur in der Kleinräumigkeit ausgelebt werden. So können alle Regionen ihre Meinung einbringen. Bei gemeinsamen Interessen tritt man bereits heute zusammen auf und macht sich über die Kantonsgrenzen hinaus für Projekte wie zum Beispiel den Tiefbahnhof stark. Bei einem anderen Thema im öffentlichen Verkehr sieht es jedoch nicht so harmonisch aus. Ein Kanton Zentralschweiz würde sich wahrscheinlich für eine zweite Gotthardröhre aussprechen. Dabei würde jedoch gerade die warnende und skeptische Stimme der direktbetroffenen Bevölkerung in Uri vernachlässigt, die sich gegen einen zweiten Tunnel ausgesprochen hat.

Die Effizienz

Effizienz tönt gut. Doch ist es wirklich sinnvoll grössere, schnellere und vermeintlich billigere Strukturen zu schaffen? Solche Strukturen führen primär zu längeren Wegen, sowohl verwaltungsmässig intern und auch für die Bürgerinnen und Bürger. Die heutigen Kantone haben eine überschaubare Grösse, die

Verwaltung arbeitet (meistens) rasch, unkompliziert und weiss eine schlanke Organisation auf. Dies darf man nicht aufs Spiel setzen!

Zum Glück werden diese Prinzipien von der Luzerner CVP gepflegt. Vorbildlich voran geht Guido Graf mit seiner Sommeraktion, in der er sämtliche Gemeinden des Kantons besucht hat. Dies zeigt die Bescheidenheit und Nähe dieses Regierungsrates und die Wichtigkeit des Zuhörens, des aktiven Wahrnehmens der Interessen und Sorgen aller Mitbürgerinnen und Mitbürger. Auch die 39-köpfige CVP-Fraktion im Kantonsrat geht diesen Weg und hat sich ein einstimmig gegen die Abschaffung der dezentralen Gemeindeaufsicht gestemmt und damit ein klares Zeichen für Bürgernähe und gegen den Zentralismus gesetzt.

und wie sieht es anderswo aus...

Gemäss der von den Kantonen gegründeten «Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit» ist die CVP-Fraktion im Bundesparlament die stärkste Triebfeder für zentralistische Ideen. Das kommt nicht von ungefähr. Die CVP Schweiz bietet den traditionellen CVP Hochburgen kaum mehr Platz. Im Parteivorstand sind die Kantone nicht nach ihrer Grösse oder Parteistärke vertreten. Jeder Kanton stellt zwei Vertreter. So gehen Anliegen der Kantone, in denen die CVP Verantwortung trägt, unter. Die CVP Schweiz vernachlässigt den Föderalismus und das muss zu denken geben. Eine Volkspartei muss von der Basis geführt werden,

der Subsidiarität verpflichtet sein und klare Prinzipien haben. Opportune und wankende Wachstumswünsche sind der falsche Weg.

Etwas mehr Luzerner Spirit würde auch den nationalen Institutionen gut tun. Leider macht gerade das Departement unserer Bundesrätin mit realitätsfremder und abgehobener Politik auf sich aufmerksam. Exemplarisch dafür steht eine der neusten Kreationen aus dem UVEK: Jeder Fussgängerstreifen muss künftig die ganze Nacht beleuchtet werden. Solche unverhältnismässigen und unsinnigen Regelungen häufen sich in letzter Zeit und bürden den Gemeinden und Kantonen immer wieder neue Lasten auf. Und vor allem zeigt ein solcher Vorschlag den Verlust an Bürgernähe.

Bundesämter über die Schweiz verteilen

Die Konzentration fast aller Bundesstellen in Bern führt dazu, dass kaum ein Austausch mit anderen Landesteilen entsteht und die Bevölkerung, die Gemeinden und Kantone kaum in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. So werden hunderte Standorte für neue Windräder am Schreibtisch definiert

und eine Energiewende proklamiert, ohne dass man sich darum kümmert, ob denn die Bevölkerung dies überhaupt wünscht. Oft hat man das Gefühl, die Praxistauglichkeit von Massnahmen aus dem UVEK werde gar nicht überprüft. Die Unmöglichkeiten der Machbarkeit überlässt man den Kantonen.

Eine Sommertour à la Guido Graf sollte eigentlich für jeden Amtsleiter obligatorisch werden. Oder wieso beginnt man nicht endlich einzelne Bundesämter dezentral über das Land zu verteilen, wie dies beispielsweise mit dem Bundesamt für Statistik in Neuenburg schon geschehen ist? Der Zusammenzug praktisch aller Departemente in der Bundeshauptstadt ist nicht mehr zeitgemäss, eine Entflechtung, die Verteilung über die verschiedenen Landesteile würde es ermöglichen, die Schweiz ganzheitlicher und besser zu verstehen. Wieso soll das Bundesamt für Verkehr nicht in Willisau stehen, das Raumplanungsamt in der Surselva und das Bundesamt für Umwelt in der Romandie? Dieser Schritt würde den Zugang zur Bevölkerung zurückbringen, den Austausch fördern und wäre ein Bekenntnis zur föderalen, vielfältigen Schweiz!

Föderalismus – «Schutzwall der Schweizer Freiheit»

Seit über einem Jahrhundert gilt der Föderalismus als Grundlage des Schweizerischen Staatsverständnisses. Selbst diejenigen Parteien, welche einst über Jahrzehnte für den Zentralismus gekämpft haben, bekennen sich in ihren Parteiprogrammen formell zu diesem Prinzip.

Mike Bacher, Präsident Junge CVP Obwalden

Der Kampf der konservativ-föderalistischen Kräfte gegen den alles verzehrenden und zersetzenden liberal-radikalen Zentralismus des 19. Jh. scheint vergessen, der Kulturkampf (fast) völlig begraben. Es gibt kaum eine 1. August-Rede, wo nicht die «Vielfalt in der Einheit», das «einträglich Zusammenwirken aller Kulturen» oder die «Bürgernähe dank föderalistischen Staatsaufbaus» gepriesen wird.

Vor diesem Hintergrund mag es zunächst erstaunen, dass das Prinzip des Föderalismus gegenwärtig in der Schweiz derart systematisch unterhöhlt wird, wie es sich wohl die ärgsten Zentralisten des 19. Jh. kaum erhoffen konnten. Der neue Zentralismus kommt allerdings nicht mehr mit den Schlagwörtern der Kulturkampfzeit daher, sondern geht subtiler an die Angelegenheit heran: Stichworte wie «Harmonisierung», «Effizienzsteigerung» oder «Synergien» sind die neuen Modewörter, welche dem Volk schleichend neue Zentralisierungstendenzen schmackhaft machen. Denn obschon das Prinzip des Föderalismus an sich unbestritten ist, scheint es in der Praxis oft einfacher, gleich eine einheitliche Regelung über die ganze Schweiz

anzuwenden, als sich detaillierter mit der Materie auseinanderzusetzen und zu prüfen, ob sie überhaupt vor Ort in den unterschiedlichen Regionen allgemein umsetzbar ist.

Ein Grossteil der Bevölkerung nimmt diese zentralistischen Tendenzen erst gar nicht bewusst wahr, weil die Diskussionen dazu subtil in Bereichen durchgeführt werden, welche nicht im allgemeinen Interesse stehen, Spezialbereiche betreffen oder gar emotional aufgeladen sind. Typisch dafür sind nicht selten etwa einzelne (Kriminal-)Fälle, durch die Medien hochgespielt, welche die Bevölkerung dazu verführen, ein (scheinbares) Problem überstürzt mittels einer einfach scheinenden Regelung schweizweit zu bekämpfen. Auch die «Harmonisierung» in Bildungs- und Gesundheitsbereichen wird oft nur unter dem Aspekt der Effizienz wahrgenommen, ohne dass Volk und Verwaltung überhaupt realisieren, wie sie bewährte Strukturen zerschlagen und nicht selten langfristig für Probleme sorgen, da verschiedene kulturelle und regionale Eigenheiten nicht berücksichtigt werden. Sie sorgen dafür, dass zentralistische Anliegen zunächst in abgegrenzten Bereichen mehrheitsfähig werden, bis schliesslich der zentralistische Bundesstaat «alles Bestehende in den Urschlamm seines Wesens» auflöst, wie sich 1881 der Luzerner Staatsmann Philipp Anton von Segesser drastisch, aber zutreffend ausdrückte.

Besonders fragwürdig in dieser Entwicklung erscheint die Rolle des Bundesgerichts. Zwar liegt dessen Auftrag grundsätzlich darin, für eine «einheitliche

Anwendung des eidgenössischen Rechts» zu sorgen. Doch bis weit ins 20. Jh. hinein tat dies das Gericht mit Behutsamkeit, indem es versuchte, die «Leitplanken» zu bestimmen und innerhalb dieses Bereichs die verschiedenen Rechtstraditionen grundsätzlich zu achten. In den letzten Jahrzehnten allerdings tendierte es immer stärker dazu, über den Wortlaut und Willen des Gesetzgebers hinauszugehen und gleichsam selber Recht zu schaffen. Zwar hat Rechtsauslegung auch mit der Weiterentwicklung des Rechts zu tun, doch immer häufiger stellen die Richter ihre eigene Meinung über diejenige von Volk und Parlament. Taten sie dies früher noch verdeckt, kommunizieren sie es im 21. Jh. nun sogar offen. So stellte das Bundesgericht 2002 in seiner Selbstbeschreibung selber fest, dass es «selbst in Bereichen, in denen der Bund für die Gesetzgebung nicht zuständig ist, durch Festlegung gewisser Minimalstandards für die Harmonisierung der kantonalen Rechtssetzung und Rechtsanwendung sorgt.» Dieser Satz besagt nichts mehr und nichts weniger, als das Gericht selber seine zentralistischen Rechtsanschauungen durchsetzt – ob es Volk und Kantone passt oder nicht!

Beispielhaft ist diese Tendenz bei der Rechtsprechung des Bundesgerichts zu den Wahlsystemen in Nidwalden und Schwyz zu sehen. Mit einem Federstrich werden funktionierende Systeme weggewischt, weil die Wahlkreise «zu klein» seien. Dass es sich bei den Wahlkreisen nicht einfach um arithmetische Grössen handelt, übersieht das Bundesgericht völlig. Gerade die Innerschweizer Gemeinden besitzen einen bis ins Mittelalter zurückreichenden Ursprung mit eigener kultureller Tradition, was sich auch speziell in den Bräuchen innerhalb der Bevölkerung zeigt. Nicht umsonst bilden sie die Grundlage in unserem föderalen Staatsaufbau. Dies wird allerdings vom Bundesgericht völlig

ignoriert, indem es rechtsdogmatisch konstruierte Überlegungen über das im Volk verankerte und gewachsene Recht stellt.

Gegen diese Tendenz anzutreten, erscheint schon fast als ein Kampf gegen Windmühlen. Ob etwa eine punktuelle Einschränkung des Bundesgerichts im Bereich der Wahlsysteme wirklich erfolgreich wäre, wie Nationalrat Geri Pfister dies vorschlägt, kann hier offengelassen werden. Denn das Problem liegt tiefer, indem die letzten Jahrzehnte den Weg zu einem schleichenden Zentralismus in Volk, Politik und Gerichten geebnet haben. Immerhin zeigt sein Vorstoss, dass das Problem der schleichenden Unterminierung des Föderalismus innerhalb der CVP endlich erkannt wird, nachdem die Bundeshausfraktion 2012 die traurige Rolle als «Triebfeder der Zentralisierung» übernommen hatte, wie sich die «NZZ am Sonntag» kürzlich ausdrückte. Unsere Hauptaufgabe liegt deshalb darin, dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft sich des Föderalismus und seiner Bedeutung wieder bewusst wird. War es doch gerade die CVP mit ihren konservativ-föderalistischen Vorgängerbewegungen, welche während zweier Jahrhunderte für die politischen und religiösen Minderheiten gekämpft, und somit dem Föderalismus seine edelste Bedeutung und seinen wertvollsten Zweck geschenkt hat. Darin zeigt sich, dass der Föderalismus mehr ist als ein blosses Prinzip oder eine Leitregel: Er stellt nicht mehr und nicht weniger als die Grundlage unserer politischen Weltanschauung und staatlichen Struktur dar, ohne die unsere politische Identität und Tradition undenkbar wäre. Wahrlich Grund genug, dass sich die Junge CVP, als künftige Bannerträger von Partei und Gesellschaft, auf den Föderalismus und seine gestaltende Kraft rückbesinnt und dieses wertvolle Erbe in die Zukunft trägt.

Föderalismus – Warum eigentlich?

Die Schweiz ist ein föderalistisch aufgebauter Bundesstaat. Die Kantone als Gliedstaaten sind die wichtigsten Akteure im Staat, wichtiger als «die Schweiz» selbst. Aber auch in der Schweiz ist eine Tendenz zur Zentralisierung nicht zu verkennen – oftmals eine Zentralisierung um der Zentralisierung willen.

von Renato Bucher

Der Föderalismus lässt sich an vielen Stellen in unserer Bundesverfassung erkennen. Besonders deutlich zeigt er sich in Artikel 3: «Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist; sie üben alle Rechte aus, die nicht dem Bund übertragen sind.» Ein Wesensmerkmal eines föderalistischen Staates, das Subsidiaritätsprinzip, ist ausdrücklich in Artikel 5a der Verfassung niedergeschrieben: «Bei der Zuweisung und Erfüllung staatlicher Aufgaben ist der Grundsatz der Subsidiarität zu beachten.» Und Artikel 43a konkretisiert: «Der Bund übernimmt nur die Aufgaben, welche die Kraft der Kantone übersteigen oder einer einheitlichen Regelung durch den Bund bedürfen.»

So weit, so gut. Doch warum sind wir eigentlich föderal? Warum hat die zentralistische Helvetische Republik nur gerade von 1798 bis 1803 überlebt? Die Schweiz ist ein heterogenes, vielfältiges Land. Wer im Calancatal lebt, sorgt sich kaum um Wohnraumknappheit und hohe

Mieten – ganz im Gegenteil zu Zürichern. Ein zentralistisches System könnte den Eigenheiten der Regionen in unserem Land nicht gerecht werden. Im Gegensatz dazu erlaubt der Föderalismus jedem Kanton (und weitergehend jeder Gemeinde), die für sich ideale Ordnung weitgehend selbst zu bestimmen. Wenn den Bürgern die aktuelle politische oder rechtliche Ordnung nicht passt, können sie diese an der Urne ändern – oder notfalls in einen anderen, «besseren» Kanton wegziehen. Damit entsteht ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Kantonen und Gemeinden, möglichst attraktiv zu bleiben. Die Kantone lernen voneinander, sie geben sich gegenseitig Impulse. In einem zentralistischen System gibt es hingegen keinen Wettbewerb. Zentralismus macht träge.

Zweifellos hat der Föderalismus auch seine Grenzen. Wenn Aktivitäten eines Kantons über die Kantonsgrenzen hinaus Auswirkungen zeitigen, kann ein Handeln auf Stufe des Bundes erforderlich sein. Falls etwa ein Unfall im KKW Beznau passieren würde, wäre nicht nur der Kanton Aargau betroffen. Die Auswirkungen gingen weit über die Kantonsgrenzen hinaus. Deshalb ist die Gesetzgebung im Bereich der Kernenergie Sache des Bundes. Auch in anderen Bereichen kann es geboten sein, dass landesweit gewisse einheitliche Mindestschutzvorschriften gelten. So ist der Bund beispielsweise auch dafür zuständig, Gesetze im Bereich des Umweltschutzes oder gegen Missbräuche im Bereich der Gentechnologie zu erlassen.

Neben Schutzgedanken können auch Praktikabilitätsüberlegungen nach einem Tätigwerden des Bundes rufen. Es wäre etwa ein Unsinn, wenn jeder Kanton eine vollkommen isolierte Verkehrspolitik betreiben würde. Der Verkehr macht nicht an Kantonsgrenzen halt. So ist der Bund denn auch für das Nationalstrassennetz oder den Eisenbahnverkehr zuständig.

Ein Handeln des Bundes kann sich auch aufdrängen, wenn ein «race to the bottom» drohen würde. Um möglichst viele Unternehmen anzuziehen, könnte ein Kanton beispielsweise seine Steuern praktisch auf null senken. Andere Kantone müssten nachziehen, um eine Abwanderung der Unternehmen und Arbeitsplätze zu verhindern. Rasch könnte daraus ein Teufelskreis entstehen. In der Theorie mag dies vielleicht plausibel klingen. In der Praxis wollen Kantone ihren Bürgern aber leistungsfähige Verkehrsträger, gute Schulen und eine hohe Sicherheit bieten. Dies verursacht Kosten, welche mit Steuergeldern gedeckt werden müssen. Vor diesem Hintergrund anzunehmen, dass ein exzessiver Steuerwettbewerb die Kantone in den Ruin treiben würde und deshalb Harmonisierungen bei den Steuern nötig seien, überzeugt nicht. Entscheidend ist vielmehr, dass jeder Kanton für seine Infrastruktur selber aufkommt und nicht auf Kosten von Nachbarkantonen «Trittbrett fährt». Hierfür sorgt unter anderem ein funktionierender Finanzausgleich.

Eine weitere zentrale Aufgabe des Bundes ist es, das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes sicherzustellen. Bevor 1848 die «moderne» Schweiz entstanden ist, war der Handel im Gebiet der damaligen Schweiz eine schwierige Angelegenheit. An mehreren

hundert wichtigen Strassen und Brücken mussten Zölle bezahlt werden. Heute wird durch das Bundesrecht garantiert, dass der Binnenhandel keine Zölle mehr kennt und kein Anbieter wegen seiner Herkunft diskriminiert wird. Genauso, wie ein Zuger im Bündnerland Zuger Kirschtorten vertreiben kann, kann ein Bündner in Zug Bündner Nusstorten vermarkten. Das Funktionieren des Binnenmarktes ist nicht nur wirtschaftlich von herausragender Bedeutung. Es trägt auch massgebend zum Zusammenhalt der Schweiz als Nation bei.

All diese und weitere durchaus berechnete Punkte, welche gegen einen ausgeprägten Föderalismus sprechen können, ändern aber nichts daran, dass die Ausgangsfrage nicht lauten darf: «Warum sollen wir Aufgaben dezentralisieren?». Sie muss lauten: «Warum müssen wir zentralisieren?». Im gegenwärtigen Aktivismus unter der Bundeshauskuppel, welcher massgebend durch die Vorstoss- und Profilierungswut von Parlamentariern und Parteien jeglicher Couleur gespiesen wird, geht diese Frage leider oftmals unter. Damit nimmt nicht nur die Qualität der Gesetzgebung stets ab. Es wird auch einer der Erfolgsfaktoren der Schweiz – der Föderalismus – mehr und mehr vernachlässigt. Wie bereits gesagt: Es gibt durchaus Bereiche, in denen eine Zentralisierung durchaus noch notwendig wäre. Ein Beispiel: Warum trotz erheblichen Nachteilen des heutigen Systems immer noch kein eidgenössisches Betreibungsregister existiert, kann ich persönlich nicht wirklich nachvollziehen. Zentralisierungen und Kompetenzübertragungen an den Bund sind per se nichts entgegenzuhalten. Sie müssen aber aus überzeugenden und stichhaltigen Gründen erfolgen – und nicht um der Zentralisierung willen.



Lucius Kaufmann

Lucius Kaufmann (26) ist Landwirt und bewirtschaftet in Eschenbach den elterlichen Bauernhof. Zusätzlich arbeitet er im Handelsunternehmen seiner Eltern, welches er zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen wird. Letzten Sommer hat Lucius das Bachelorstudium in Agronomie mit Vertiefung Agrarwirtschaft in Zollikofen abgeschlossen. Diesen Herbst beginnt der Seetaler an der Universität Luzern den Zertifikatslehrgang Agrarrecht. In seiner Freizeit beschäftigt sich Lucius gerne mit politischen Themen, ist sportlich unterwegs und geniesst das Zusammensein mit Familie und Freunden.

1. Wieso nimmst du an den Anlässen der JCVP teil?

Was für ein Verhältnis hast du zur Politik?

Die JCVP bietet mir neben den politischen Diskussionen innerhalb der Familie eine weitere Möglichkeit, politisch aktuelle Themen tiefgründig und differenziert zu diskutieren. Besonders gerne besuche ich die Anlässe der JCVP vor eidgenössischen- und/oder kantonalen Abstimmungen. Die JCVP-Anlässe und die Informationen aus den Medien geben mir ein umfassendes Bild über die Abstimmungsvorlagen, auf deren Basis ich mir dann meine eigene Meinung bilde. Als Schweizer Bürger bin ich der Auffassung, dass man von den Möglichkeiten einer Demokratie Gebrauch machen sollte. Da ich mich in der Politik nicht aktiv engagiere, ist es mir umso wichtiger, an den Abstimmungen teilzunehmen. Obwohl ich meine Meinung zu Abstimmungsvorlagen jeweils parteiunabhängig fälle, stimmen meine politischen Ansichten in weiten Teilen mit der (J)CVP überein. Meine Sympathie gehört zukünftig jener Partei, welche für alle Bevölkerungsschichten politisiert, konstruktive Lösungen anpeilt, nachhaltig denkt und für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz steht.

2. Welches sind für dich die wichtigsten Themen in der Zukunft?

Was beschäftigt dich im Seetal?

Auf nationaler Ebene muss die eigenständige Schweiz weiterhin den Weg mit Europa finden. Als selbständigerwerbender Landwirt bin ich überzeugt, dass die Schweiz als Agrarimportland aus wirtschaftlicher Sicht mit dem bilateralen Weg gut unterwegs ist. Weitere Dauerthemen sind für mich die Bildung und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Auf kantonomer Ebene wird für mich kurz- bis langfristig die geplante Talstrasse, welche Eschenbach, Ballwil und Hochdorf umfahren soll, im Vordergrund stehen. Da die Dorfzentren zu Stosszeiten morgens und abends jeweils mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen kämpfen, wurde das Jahrhundertprojekt «Talstrasse» lanciert. Ich erwarte von Kanton und Gemeinden eine



Der Bauernhof der Familie Kaufmann

(Bild: Lucius Kaufmann)

umfassende Analyse der Problematik, die Ausarbeitung von verschiedenen sowie umfassenden Lösungsansätzen und vor allem eine transparente Informationspolitik. Die Lösung soll ein Gewinn für alle sein und nicht die (kurzfristigen) Interessen von einzelnen Behörden, deren Vertretern oder Politiker befriedigen. Die nächsten Generationen werden uns dankbar sein, wenn wir nicht rücksichtslos Existenzen, fruchtbares Kulturland, wertvolle ökologische Flächen und damit die Landschaft mit einer Strasse zerstören, die das Problem nur symptomatisch und damit kurzfristig löst.

3. Wie beurteilst du deine Aussichten als Landwirt, wo siehst du Chancen, wo Herausforderungen?

Die Arbeit auf einem Bauernhof ist für mich mit sehr viel Genugtuung und Freude verbunden. Das ist für mich eine gute Basis, mich persönlich und beruflich zu entwickeln. Des Weiteren ist ein Landwirt ein Unternehmer, der seine Position im Markt aktiv gestalten kann, dem es aber auch gelingen muss, sich den wandelnden Marktgegebenheiten anzupassen. In diesem Zusammenhang ist sicher die Schaffung optimaler Marktbedingungen aus Sicht aller Anspruchsgruppen eine Herausforderung. Schlussendlich produzieren Schweizer Landwirte Qualitätsprodukte, die das Wohl der Tiere und die Ressourcen der Umwelt wahren. Schweizer Konsumenten schätzen regionale Produkte und sind treue Kunden. Das Halten dieses hohen Qualitätsstandards in einem international harten Wettbewerbs und die bewusste und professionelle Vermarktung zähle ich zu einer weiteren Herausforderung.

Was esch das nor für en Chendergarte?

Aso wörklech, das esch jo en Ufregig gsi, wo d NLZ s neuschte JSVP-Plakat grad of der Tetelsite abdruckd hed. En Frau met Chopftuech wo emne jonge Bueb met Hochdütsch droht. Wobi, ech be vor auem überrascht gsi, dass d NLZ zwölf Minute Beldbearbeitig am Computer grad metere Tetelsite belohnt, aber es esch haut Sommerloch ond vom Hirschkamp z Lozärn geds äbe das Jahr nüd z brechte.

von Jean-Pascal Ammann

Eigentlech schad, dass de Abstemmigskampf met somene Plakat eröffnet worde esch. Ond wer weiss öb d'SVP no nochdopplet ond vor «EU-kompatible Chendergarte» warnt? Denn ech ben überzügt, dass die Initiativ en gueti, wenn au kei wäutbewegendi, Sach esch. Es «Jo» zo dere Initiative esch es Bekenntnis zor eusere velfältige Mundart, es Kulturgut, zo dem mer müend Sorg träge.

Höt müend d Lehrpersone 67% Hochdütsch ond 33% Dialekt rede. Das esch doch Onsenn! Eusi Regierig fordert imene Gägevorschlag s Verhältnis of je 50% z'verändere. Was sell das? Mer bruched doch ned so starri Quote ond Mendeschtsprozäntsätz. D JSVP forderet, dass im Chendergarte grundsätzlech Mundart gredt werd. Das onderstötzt ech, wös liberaler ond flexibler esch.

Es heisst im Initiativtext «d Omgangssproch esch Mundart», aber d Lehrperson chan sehr wohl au Elemänt, zom Bispel es Theater, es Lied oder en Gschecht of Hochdütsch iplane. Die Reglig esch vell onkomplizierter, well si d Lehrpersone meh Verantwortig ged. Ech glaube, dass d Lehrperson säuber am beschte cha abschätze, wie vöu Hochdütsch sennvoll esch, sie hed d' Erfahrig ond chan so ganz individuell of d Chend Röksecht nä. Es god auso ned drom s Hochdütsch usem Chendergarte z verbanne, sondern es god mer gäge de Strech, dass alles emmer so überreguliert ond verbürokratisiert muss si. Lönd mer d Chend im Chendergarte doch eifach wede lo Chend si.

Generell geds die letzte Jahr d Tendenz alles zentral vöu z gnau wöue Plane. Met Harnos ond Lehrplän wott mer aues vereinheitleche. Es ged leider en rechtiig Akademisierig im Beldigswese. Do hocked ganz vel gschidi Lüüt ond planed ond planed denn weder om. Die meined das jo gar ned schlecht, aber es ged eifach Läbensbereich wo de gsondi Mönscheverstand wertvouer esch als en starre ond detaillierte Plan, wo all zwöi Jahr weder öbere Huufe grüehrt werd. Mer wott de Chend höt z'vöu bibrenge, so dass sie am Schloss alles echli chönd, aber haut vöu Grondlage ned rechtiig chönd. Ech fends zom Bispel au öbertrebe, das d Chend die Primarschuel grad zwöi Frömdsproche sellend lehre. Das esch kei Fröuförderig, das esch Fröueforderig!

«Gömmen Lozärn» oder «chonsch Sonneplatz» so Sätz ghör ech öppe, wenn

ech z Ämmebrogg onderwägs ben. Mer dörfid au ned vergässe, dass mer grad ide Agglomeration vöu Chend us Migrantefameliend hend. Die hend dehei gar nie de Zugang zom Dialekt. Do chömmed denn halt so komisch Sprochmeschige use. Debi esch d Sproch doch de beschte Weg zor Integration. För die Chend esches sehr wechtig, dass sie im Chendergarte in Kontakt met de Mundart chömmid.

Jo ond send denn d Chend völlig überforderet, wenn denn i de Primarschuel plötzlech Schreftsproch gredt werd? Das esch doch en absolute Seich! Ob Hörspel oder Fernseh, d Chend hend gneug Kontakt met Hochdütsch. Ond demet Sie mech rechtiig verstönd: Es god mer ned drom d Mundart gäge s Hochdütsch uszspele. Nei, es god drom, dass d Chend sellend Spass ha am Kommuniziere, dass si im Chendergarte eifach so chönd rede wie si grad möchtid, ond deför bruchts kei Prozentreglige ond Vorschreffe.

Mängisch han ech fascht echli s Gfühel mer schämig eus för eusi Mundart. Als wäri euses Buuredütsch ergendwie menderwärtig gegenöber em Hochdütsch. Debi esches doch es Glück, dass mer so en velfältige Kultur ond Sproch hend, es so vöu bsonderi Wörter im Dialekt ged ond oft cha mer wonderbari Gschechte zor Herkonft ond Düütig vo dene Begreffe verzöue. En Meister i dem Fach esch de Seppi a de Wiggere gsi, en wahre Mundartpoet, nor scho sini «Göttiwiler Gschechte» (erhältlech bim Verlag vom Willisauer Bote) send en wohre Schatz voller herrleche Anekdote. Sie gsend es god mer mer ned drom för oder gäge en Sproch z'si. Nei, mer gods om d Fröid a de Sproch, d Fröid a eusere läbändige Mundart, för die mönd mer eus ned verstecke!

Der Autor (Mitte) an seinem ersten Kindergartenitag

(Bild: Jean-Pascal)



Rasche Reform der Altersvorsorge angezeigt!

Jungfreisinnige und JCVP fordern Generationensolidarität ein: Die Probleme in der Altersvorsorge sind längst bekannt. Die Politik hat aber bislang auf Zeit gespielt und dadurch den Generationenvertrag aufs Spiel gesetzt.

von Simon Oberbeck, Präsident JCVP Schweiz
und Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Denn die Leidtragenden dieses Schlendrians sind einseitig die Jungen. Sie werden im Rahmen der beruflichen Vorsorge gleich dreifach zur Kasse gebeten: durch die tiefere Verzinsung Ihrer Guthaben, die Beteiligung an Sanierungsmassnahmen und einen realitätsfremden Umwandlungssatz. Aus diesem Grund verlieren die Erwerbstätigen von heute jedes Jahr Milliarden. Die Jungfreisinnigen und die junge CVP wollen sich dies nicht mehr länger gefallen lassen und fordern ein Ende des Schlendrians bei der Reform der Altersvorsorge.

Politiker müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und die milliardenschwere Umverteilung stoppen. Aus diesem Grund geht die von Bundesrat Alain Berset vorgeschlagene Senkung des Umwandlungssatzes auf 6 Prozent in die richtige Richtung. Dies ist aber nicht genug: Der Umwandlungssatz muss gesenkt und an die Lebenserwartung gekoppelt, Mindestzinssatz und technischer Zinssatz einander angeglichen und beide technischen Parameter nicht mehr willkürlich von der Politik festgelegt werden.

Der Rentenklau muss gestoppt werden, dessen sind sich die beiden Jungparteien einig. «Seit Jahren führt die «Golden Ager»-Generation einen Eiertanz um die Altersvorsorge auf Kosten der jüngeren Generationen. Der Generationenvertrag ist kein Einwegvertrag. Wir fordern Gegenrecht und damit die Sicherheit, selbst auch etwas vom Kuchen zu erhalten, wenn wir pensioniert sind.», so Simon Oberbeck, Präsident der JCVP. Und Maurus Zeier, Präsident der Jungfreisinnigen ergänzt: «Es braucht jetzt dringend Reformen, einseitige Massnahmen zulasten der Jungen lehnen wir strikt ab. Wir fordern von allen Beteiligten ihren Beitrag, auch von den Rentnern.» Konkret: Bezahlen die Jungen früher ein, bezahlen die Älteren länger ein. Das ist Solidarität zwischen den Generationen. Aus diesem Grund stehen die junge CVP und die Jungfreisinnigen einer Erhöhung des Rentenalters und der Gleichbehandlung zwischen Frau und Mann positiv gegenüber.

Kritisch stehen die beiden Jungparteien einer Geldspritze durch die Mehrwertsteuer gegenüber. Marcel Schuler, Vorstand der Jungfreisinnigen, betont: «Bundesrat Alain Berset macht es sich zu einfach und gefährdet den Wirtschaftsstandort Schweiz. Anstatt das Problem einer

gesicherten Finanzierung über nicht zu hohe technische Zinssätze und variable Rentenmodelle zu lösen, schlägt er eine Finanzierung durch die Mehrwertsteuer vor.» Aus diesem Grund lehnen die junge CVP und die Jungfreisinnigen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ohne gleichzeitige Einführung einer Schuldenbremse ab. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verteuert die Preise in der Schweiz und bringt einen Standortnachteil mit sich. Dies schädigt den Wirtschaftsstandort Schweiz nachhaltig und wird von der jvcp und den Jungfreisinnigen ohne klare Begrenzung klar abgelehnt.



MÜLLER
Gärtner von Eden®

Müller Gartenbau AG - 6044 Udligenswil
041 375 80 50 - www.mueller-gartenbau.ch



Hotel & Restaurant des Alpes
Rathausquai 5
6004 Luzern
Telefon +41 41 417 20 60
www.desalpes-luzern.ch



Das CVP Haus in Luzern. Hier tagen die Fraktion des Grossen Stadtrates und die Parteileitung der Stadtpartei. Fast schon mediterraner Charme erleben Sie auf unserer Terrasse, gleich neben der Kapellbrücke mit Blick auf die sanft dahinfließende Reuss und die imposante Bergkulisse. Gourmets schätzen unsere exquisite Karte und vor allem unsere Spezialitäten Cordon bleu und Fondue.



**von Elisabeth
Schneider-Schneiter,
Nationalrätin CVP BL**

Ein Basel

Zwei Basel sind eines zu viel. Der Blick auf die Landkarte zeigt das ganz deutlich. Und wenn man sich mit den Menschen in den beiden Kantonen befasst, dann ist es offensichtlich, dass sich diese einer Region mit einer gemeinsamen Identität zugehörig fühlen und in einem gemeinsamen Siedlungs-, Bildungs-, Verkehrs-, Gesundheits-, und Kulturraum leben. Die politischen Grenzen spielen im Alltag nur noch eine untergeordnete Rolle. Die beiden Basel bilden einen einheitlichen Lebensraum, in welchem das Gemeinsame das Trennende bei weitem überwiegt.

Gemeinsame einheitliche demokratische Entscheide würden unserer Region neue Impulse geben und würden den Einfluss in Bundesbern signifikant verbessern. Das heutige System basiert auf über 100 Zusammenarbeitsverträge zur Regelung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter den beiden Kantonen. Natürlich wurde die Partnerschaft der beiden

Basel in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Und es konnten in den letzten Jahren auch partnerschaftliche Flaggschiffe in See stechen. So zB. die gemeinsame Trägerschaft der Universität, das UKBB oder auch die gemeinsamen Rheinhäfen. Die Zusammenarbeit im Rahmen der zahlreichen partnerschaftlichen Verträge ist zwar pragmatisch, doch die spezifischen Interessen und auch historisch geprägte Animositäten verhindern oft Lösungen, welche unserer gesamten Region und nicht nur dem einzelnen Kanton dienlich wären. Denn im Rahmen eines demokratischen Prozesses zur Legitimierung einer Zusammenarbeit ist es wohl den politischen Entscheidungsträgern nicht zu verargen, dass sie in erster Linie die Interessen ihres Kantons und nicht diejenigen der gesamten Region vertreten.

Die Zeit ist deshalb gekommen die politischen Strukturen der Realität anzupassen. Zur Debatte stehen Anliegen wie der Abbau von bürokratischen Hürden, die Verkürzung von Entscheidungswegen, eine gemeinsame Raumplanung, eine einheitliche Gesundheitsversorgung und noch mehr Vereinheitlichung im Bildungswesen. Die Gemeinden würden wieder mehr Kompetenzen erhalten und die Gemeindeautonomie würde gestärkt. Anliegen, welche allesamt von einer Mehrheit der Bevölkerung unserer beiden Kantone getragen würden. Und mit einem geeinten Basel mit rund 500'000 Einwohnern würden wir im Schweizerischen und internationalen Wettbewerb der Regionen und Staaten plötzlich zu einem politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht.

Und schliesslich kann innerhalb der föderalistischen Schweiz und innerhalb eines Europas der Regionen nur eine Rolle spielen, wer kleinräumige, zersplitterte und letztlich nur wenig professionelle und effiziente politische Strukturen strafft oder gar überwindet. Die Fusion der beiden Basel steht dabei Modell für die Schweiz.

Patronatskomitee

Herr Christian Blunschli, Vizepräsident CVP Kt. Luzern, Emmenbrücke

Herr Markus Dürr, Alt-Regierungsrat, Malters

Frau Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin, Altishofen

Frau Kathrin Graber, Einwohnerrätin, Kriens

Herr Konrad Graber-Wyss, Ständerat, Kriens

Herr Guido Graf, Regierungsrat, Pfaffnau

Herr Marcel Hurschler, Finanzchef CVP Kt. Luzern, Sempach

Herr Pirmin Jung, Präsident CVP Kt. Luzern, Eschenbach

Frau Luzia Kurmann, Regierungsstatthalterin, Buchs

Herr Christoph Lengwiler, Alt-Kantonsrat, Kriens

Herr Ruedi Lustenberger, Nationalrat, Romoos

Frau Erna Müller-Kleeb, Kantonsrätin, Rickenbach

Frau Marlis Roos Willi, Kantonsrätin, Geiss

Herr Martin Schwegler-Fasching, Präsident KAB Wohnraumgenossenschaft, Menznau

Herr Anton Schwingruber, Alt-Regierungsrat, Werthenstein

Herr Xaver Vogel, Zentralpräsident KAB Schweiz, Menzberg

Herr Franz Wicki, Alt-Ständerat, Grosswangen

Herr Franz Wüest, Kantonsrat, Ettiswil

Herr Pius Zängler, Kantonsrat, Adligenswil

Impressum

Auflage

1630 Exemplare

Redaktionsleitung

Jean-Pascal Ammann, Erlenstrasse 75, 6020 Emmenbrücke, jmpuls@jcvp-lu.ch

Redaktion

Jean-Pascal Ammann, Renato Bucher, Eva-Maria Habermacher, Till Haechler, Tobias Käch, Daniel Piazza, Madeleine Piazza-Zemp, Andreas Weber, Severin Zumbühl, Lukas Graf

Gestaltung

Debby Bürgisser, debbybue@bluewin.ch

Präsident der JCVP Kanton Luzern

Tobias Käch, Sonnenhofmatte 5, 6020 Emmenbrücke, tobiaskaech@jcvp-lu.ch

Adressverwaltung

Lukas Graf, Halde 22, 6263 Richenthal, lukasgraf@jcvp-lu.ch

Inserateverwaltung

Martin Fischer, art.fischer@bluewin.ch

Der «Jmpuls» erscheint viermal jährlich zuhnden der Abonnenten, der Mitglieder der JCVP Kanton Luzern sowie der Spender des «Jmpuls» und der JCVP Kanton Luzern. Die Abonnementskosten betragen CHF 10.00. Die Verlegerin ist die JCVP Kanton Luzern.

Redaktionsschluss für den «Jmpuls» 4/2013: 31. Oktober 2013.

AZB

6110 Wolhusen

keine Adressberechtigungen

Termine

27.09.2013	JCVP-Stamm
25.10.2013	JCVP-Stamm
09. – 10.11.2013	JCVP CH Parteikongress
15.11.2013	JCVP LU GV

Änderungen bleiben vorbehalten und werden kommuniziert.
www.jcvp-lu.ch